



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
FRAKTION IN DER GEMEINDEVERTRETUNG

An die
Vorsitzende
der Gemeindevertretung Hammersbach
Frau Ursula Dietzel
- Rathaus -
63546 Hammersbach

24.01.2023

Sehr geehrte Frau Dietzel,
die SPD-Fraktion bittet Sie, den folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung weiterzuleiten:

Antrag: Rücknahme der Klageverfahren

Die Gemeindevertretung zieht die Klagen gegen den Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Limes und gegen den Main-Kinzig-Kreis zurück und streicht die dafür vorgesehenen Mittel aus dem Haushalt.

Begründung:

Das politische Ziel der angestrebten Klageverfahren war es, den Bau der dritten Logistikhalle im Gewerbegebiet Limes zu verhindern. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Das dritte Gebäude wurde – in etwas abgespecktem Umfang – errichtet und könnte jetzt durch den Mieter, das Unternehmen Hager, bezogen werden. Ein Rückbau des Gebäudes ist nicht zu erwarten, auch nicht nach weiteren Jahren der Rechtsauseinandersetzungen.

Die Klage der Gemeinde Hammersbach gegen den Zweckverband Limes versucht, politischen Entscheidungen des Zweckverbandes juristisch zu begegnen. Bei der Gründung des Zweckverbandes wurden jedoch ganz bewusst Kompetenzen auf den Verband übertragen. Verlässlichkeit bei den langfristigen Prozessen der Bauleitplanung und der Gewerbegebietsentwicklung zu garantieren, war einer der Beweggründe, diese Form der Zusammenarbeit zu wählen. Dabei wussten die Beteiligten, dass es im Verband an-

dere Mehrheiten geben könnte als in einer einzelnen Verbandsgemeinde. Ein Jahrzehnt lang war das allerdings nie der Fall. Die grundlegenden Entscheidungen wurden im Verband und in den Kommunen immer mit großen Mehrheiten getroffen.

Mit den im letzten Jahr angestregten Klagen wird nicht nur diese interkommunale Zusammenarbeit zerstört, sondern auch die weitere Gebietsentwicklung durch die vorläufige Suspendierung des Bebauungsplanes auf nicht absehbare Zeit auf Eis gelegt.

Insbesondere das schwebende Normenkontroll-Verfahren der Gemeinde Hammersbach gegen den Zweckverband hat Folgen, die nicht länger hingenommen werden können. Auf 2,5 Hektar im Norden der Westerweiterung können für unbestimmte Zeit keine Grundstücke verkauft werden. Dem Verband entgehen so Einnahmen von etwa 2,25 Millionen Euro, und die Interessenten, die sich hier ansiedeln möchten, verlieren ihre Entwicklungsperspektiven oder werden aus Hammersbach und der Region verdrängt.

Eine im Zweckverband beschlossene Ausschüttung von 1,5 Millionen Euro an jede Verbandsgemeinde kann unter diesen Umständen vorerst nicht erfolgen. Mit diesem Betrag könnte ein wesentlicher Beitrag geleistet werden, um die in den nächsten Jahren anstehenden Investitionen zu finanzieren.

Der Bau eines Kunstrasenplatzes, Investitionen in die Kinderbetreuung, Investitionen in die Ausstattung der Feuerwehr, den Katastrophenschutz, Arztpraxis, Klimaschutz, das Projekt des Familienplatzes „An der Dammbücke“, Sanierung von Gemeindestraßen und vieles andere mehr wird nicht aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren sein. Rücklagen sind endlich, Kredite müssen zurückgezahlt werden. Deshalb sind Einnahmen durch Grundstücksverkäufe aus dem Gewerbegebiet ein wesentlicher Finanzierungsbeitrag für unseren Haushalt. Aber auch unsere Partnerkommunen im Zweckverband sind auf diese Auszahlungen angewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Wilhelm Dietzel

Fraktionsvorsitzender